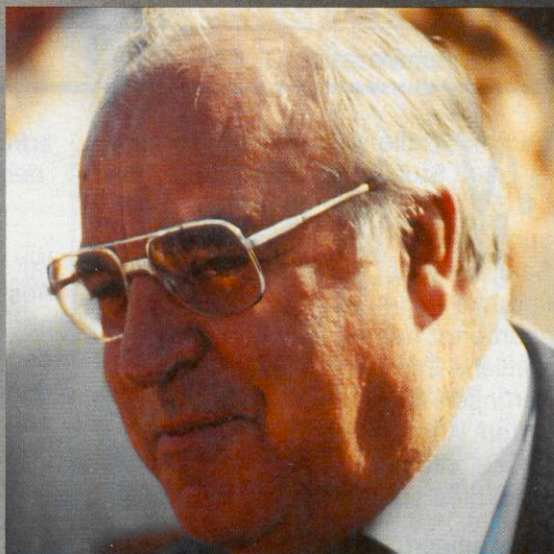


**Bleiben wir
deutsche
Europäer und
europäische
Deutsche.
Dann haben
wir eine gute
Aussicht auf
eine Zukunft
in Frieden und
Freiheit.**



50 Jahre Demokratie. Dank an Bonn

Rede des
Bundeskanzlers a.D.
Helmut Kohl MdB
in der letzten Sitzung
des Deutschen
Bundestages in Bonn
am 1. Juli 1999

Wir alle spüren es in dieser Stunde: Es ist ein tiefer Einschnitt für unser Land und auch für viele von uns in diesem Saal, für viele, die uns zuschauen und hier in den letzten Jahrzehnten gearbeitet haben. Es gibt viele persönliche Erinnerungen. Es sind Erinnerungen im Guten und im weniger Guten. Aber es ist ein Stück der Geschichte unseres Volkes. Jeder kann dies spüren.

Vor wenigen Wochen haben wir das **50jährige Jubiläum unseres Grundgesetzes** gefeiert. In wenigen Monaten begehen wir den **zehnten Jahrestag des Falls der Mauer**. Beide Daten, der 23. Mai wie der 9. November, stehen in einem sehr engen Zusammenhang mit dem heutigen Tag.

Das Parlament und die Bundesregierung kehren in das wiedervereinigte Berlin zurück. Beide Daten, so denke ich, symbolisieren in einer herausragenden Weise die Stationen des Weges unserer Nation von der erzwungenen Teilung bis zur Einheit in Frieden und Freiheit.

Meine Damen und Herren, dieser Weg ist Teil unserer gemeinsamen deutschen Geschichte. Bei all dem, was unsere Biographien im einzelnen auch zu trennen vermag, ist heute ein Tag des Rückblicks und des Ausblicks, für mich – und ich denke, auch für viele andere – vor allem aber ein Tag der Dankbarkeit, daß uns das so geschenkt wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Wir nehmen heute als Parlament Abschied von Bonn. Das bedeutet aber in keiner Weise eine Abkehr von den Werten und den Grundentscheidungen unserer Verfassungsordnung. Zu dieser Grundentscheidung bekennt sich die Mehrheit der Menschen – im Westen wie im Osten unseres Vaterlandes. Deshalb – und es ist wichtig, das auszusprechen – ist die **Rückkehr von Parlament und Regierung nach Berlin** auch in gar keiner Weise eine Restauration von etwas Vergangenen. Sie ist vielmehr die Krönung des jahrzehntelangen Strebens der Deutschen nach Einigkeit und Recht und Freiheit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, nur noch wenige können sich persönlich an die Zeit erinnern, als ganz Deutschland von Berlin aus demokratisch regiert wurde. Das ist bald 70 Jahre her. In den Jahrzehnten seit 1933 hat unser Land, hat Europa, hat die Welt beispiellose Tiefen und Höhen durchlebt. Unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gingen Kriege und Völkermord von Deutschland aus. Unter dem Terror des Stalinismus mußten ungezählte Menschen leiden und sterben. Die Brutalität und Aggressivität totalitärer Diktaturen kostete Millionen unschuldiger Opfer Leben, Gesundheit, Heimat und Habe. Bis vor zehn

Jahren wurde den Völkern Mittel- und Osteuropas das Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung vor- enthalten.

Wahr ist aber auch, daß wir Triumphe von Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung erlebt haben – friedliche Siege der Freiheit über die Diktatur, die viele nicht für möglich gehalten hatten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Vor zehn Jahren, zu Beginn des Sommers jenes Jahres, rechneten nur wenige damit, daß schon einige Monate später die **Mauer** fallen würde. Wer genau hinhörte und hinsah, konnte die Vorboten eines politischen Erdbebens wahrnehmen: Das sowjetische Imperium bekam immer größere Risse. Aber das, was dann in dieser so kurzen Zeit tatsächlich geschah, hat so niemand vorausgesehen, auch wenn es jetzt gelegentlich Zeitgenossen gibt, die es im nachhinein genau wußten.

Damals – auch das gehört zur Geschichte – hatten nicht wenige in Deutschland und im Westen überhaupt den Gedanken an die **deutsche Einheit** aufgegeben. Nicht wenige haben ihn als unrealistisch abgeschrieben, als störend und ärgerlich für das internationale Gleichgewicht verworfen. Auch daran muß heute erinnert werden, zumal es eine wichtige und glückliche Erfahrung ist,

daß sich Pessimisten und Defätisten leicht irren können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Geirrt haben sich auch jene, die das Ziel der **europäischen Einigung** in all diesen Jahren immer wieder als ein Hirngespinnst abtaten. Nicht sie, sondern Visionäre wie Robert Schuman, Winston Churchill, Alcide de Gasperi, Paul-Henri Spaak und Konrad Adenauer haben sich als die wahren Realisten erwiesen. Der Bau des Hauses Europa war die wichtigste Konsequenz, die wir, die Deutschen, aber auch wir, die Europäer, nach der Barbarei der Nazizeit, nach 1945 aus dem Scheitern nationalstaatlicher Machtpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts ziehen konnten.

Wir dürfen nicht vergessen, daß ohne den Weg nach Europa, daß ohne die europäische Integration die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats im Herzen des Kontinents den meisten unserer Nachbarn schwer oder gar unerträglich erschienen wäre. Wir hätten sie wahrscheinlich gar nicht erreicht; denn deutsche Einheit und europäische Einigung – dieser Gedanke Adenauers bleibt nicht nur in Erinnerung, sondern hat Gewicht für die Zukunft – sind und bleiben die beiden Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten

*der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)*

Entscheidend für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent ist und bleibt auch in Zukunft die enge **transatlantische Partnerschaft**. Es waren neben unseren europäischen Freunden und Verbündeten vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, die im kalten Krieg die Freiheit der Bundesrepublik und des Westteils von Berlin garantierten. Es waren – was heute viele nicht mehr wissen und manche auch nicht wissen wollen – die Amerikaner, die mit ihrem Marshallplan den besiegten Deutschen zu Hilfe kamen und damit der europäischen Integration in einer ganz eigenen Weise wesentliche Impulse gaben.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD,
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der F.D.P.)*

Am Ende dieses Jahrhunderts gehen wir jetzt daran, auch unsere **östlichen Nachbarn** in das europäische Einigungswerk einzubeziehen. Wir alle wissen, daß der Europäischen Union auf diesem Feld noch große Herausforderungen bevorstehen. Ich möchte uns allen aber sagen: Lassen wir uns durch die Größe der Aufgabe nicht entmutigen! Es gibt keine Alternative zu dieser Politik.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD,
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der F.D.P.)*

Die Erfahrungen im Kosovo in diesen Wochen und Monaten haben das

jedem deutlich gemacht. Wenn wir jetzt nach Berlin umziehen, wollen wir in keinem Augenblick vergessen, daß es vom Reichstag zur polnischen Grenze gerade 80 Kilometer sind und daß der Beitritt Polens zur NATO und zur Europäischen Union nicht nur im Interesse der polnischen Nation, sondern zutiefst auch im Interesse der Deutschen liegt.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kehren – wenn ich das so sagen darf – mit vielen historischen Erfahrungen nach **Berlin** zurück. Deutschland, Europa und die Welt sind selbstverständlich nicht mehr die gleichen wie vor 70 Jahren. Krieg und Nachkriegszeit haben gerade unser Land tiefgreifend verändert. Das sollten auch jene begreifen, die heute in einer dämmlichen Weise von „Bonner Republik“ reden.

*(Beifall bei der CDU/CSU
und der F.D.P.)*

Bewußt oder unbewußt erwecken sie damit den Eindruck, als sei der Staat des Grundgesetzes eine abgeschlossene Episode, sozusagen eine Art kurzer historischer Ausnahmezustand, der jetzt zu Ende geht. Diese Sicht ist falsch. Wir gehen nach Berlin, aber nicht in eine neue Republik.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD,
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der F.D.P.)*

Schon deshalb sollten wir darauf verzichten, von „Berliner Republik“ zu

reden. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich von Anfang an nicht als westdeutscher Separatstaat betrachtet. Vor allem Ihre Kritiker am rechten und linken Rand des politischen Spektrums haben dies zwar immer wieder behauptet. Aber in Wahrheit handelten die Väter und Mütter unserer Verfassung – so schrieben sie es in die Präambel – auch für jene Deutschen, „denen mitzuwirken versagt war“. Und gleich im ersten Artikel des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieses Bekenntnis zur Würde jedes einzelnen ist der Schlüssel zu allen anderen Werten unserer Verfassung. Es stellt die unveräußerlichen Rechte jedes einzelnen über alle politischen und ideologischen Machtansprüche. Das Grundgesetz hat sie von Anfang an für alle Deutschen eingefordert.

In späteren Jahren ist dann der **gesamtdeutsche Anspruch des Grundgesetzes** immer häufiger als eine Art Anmaßung des Westens gegenüber dem Osten kritisiert worden. Ich frage: Was wäre gewesen, wenn die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone 1948/1949 hätten mitwirken können? Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß unsere Verfassung dann nicht wesentlich anders ausgesehen hätte; denn nach den Erfahrungen der Nazibarbarei wollten die Deutschen nie wieder unter einer totalitären Diktatur leben. Sie lehnten die Gewaltherrschaft des Natio-

nalsozialismus ebenso ab wie das Zwangssystem des Kommunismus, das sich in jener Zeit in der Sowjetischen Besatzungszone verfestigte.

Wir Deutschen hatten die bittere Lektion gelernt, daß Tyrannei in letzter Konsequenz Krieg bedeutet. Zunächst richtet sich die Gewalt im Innern gegen eigene Bürger, und später – auch das zeigt die Erfahrung – wendet sie sich oft nach außen, gegen die Nachbarvölker. Wir haben erfahren müssen, daß es ohne Freiheit keine Gerechtigkeit und ohne Gerechtigkeit keinen Frieden geben kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Nach der politischen und moralischen Katastrophe der Nazizeit verlangte unser Volk nach einer Ordnung der **Freiheit**, wie sie nur der demokratische Rechtsstaat garantieren kann. Nach schlimmen Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft wollten die Menschen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Wettbewerb und sozialen Ausgleich miteinander verband. Dies ist die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft und unseres freiheitlichen Rechtsstaats. Sie hat ihren Siegeszug von hier aus weit in die Welt angetreten.

Angesichts der schlimmen Auswüchse des Zentralismus wünschten die Menschen die Rückkehr zur Tradition des **Bundesstaates**. Er entspricht am besten der historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt unseres Landes. Er ist im übrigen – bei all dem,

was unbequem im Alltag sein mag – eine wirksame Schranke gegen Machtmonopole und Machtmißbrauch. Ich bin sicher – das ist meine Erfahrung, die ich in einem langen politischen Leben gemacht habe –, daß das Ja zur föderalen Ordnung ein Glücksfall für die Entwicklung unseres Landes war und ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Dies alles waren Maßstäbe, die den Weg unserer Bundesrepublik bis heute prägten und auch in Zukunft prägen müssen. Auf diesem Fundament entstand eine lebendige und stabile Demokratie, die in den Köpfen und Herzen ihrer Bürger fest verankert ist und die sich ihrer Feinde zu erwehren weiß. Stellvertretend für viele, die den Grundstein zu diesem großen Werk gelegt haben, sollten wir gerade in dieser Stunde an Konrad Adenauer, Kurt Schumacher und Theodor Heuss denken. Sie haben die Brücke vom kaiserlichen Deutschland in die Nachkriegszeit geschlagen. Ihre Spuren in der Geschichte haben unser Land tief geprägt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Unsere Verfassung ist aus gutem Grund nach der Wiedervereinigung nicht zur Disposition gestellt worden, sondern behutsam angepaßt worden. Das Grundgesetz hat sich auf überzeugende Weise als tragfähige Basis unseres staatlichen Zusam-

menlebens bewährt. Was viele vergessen: Es zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Offenheit aus, die es ermöglicht, neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Untrennbar verknüpft mit der Entwicklung jener Zeit ist der Name Ludwig Erhards, des Schöpfers der **sozialen Marktwirtschaft**. Freiheit und Verantwortung, Leistung und Solidarität, Erfolg und Mitmenschlichkeit sind in der sozialen Marktwirtschaft eine ganz neuartige Verbindung eingegangen.

Im Blick auf die Diskussionen über Globalisierung und gesellschaftlichen Wandel ist heute wieder einmal auf der Suche nach der Zukunft von einem dritten Weg in der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Rede. Dabei liegt die Lösung so nahe: Sie besteht in einer schöpferischen Übertragung der Prinzipien Ludwig Erhards auf die Erfordernisse unserer Zeit. Das ist im übrigen die Mitte, die manche vergeblich suchen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Dazu sollte immer auch eine kluge politische Führung kommen, verantwortungsbewußte Unternehmer und verantwortungsbewußte Gewerkschafter. Wir wissen: Es gibt beides. Es gibt Männer und Frauen in den Gewerkschaften und in den Betrieben, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Aber es gibt auch andere, die starren vor allem auf den

Aktienkurs. Es gibt wiederum andere, die vergessen gelegentlich die Interessen der wirklich Arbeitsuchenden. Auch das gehört zu dem, was wir hier gestalten müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die **Westintegration** unseres Landes, für die wie kein anderer Konrad Adenauer steht, führte das demokratische Deutschland in die europäisch-atlantische Wertegemeinschaft. Sie bedeutete eine radikale Abkehr von der damaligen „Schaukelpolitik“ zwischen Ost und West und von außenpolitischen Vorstellungen, wie sie sich in Deutschland immer wieder entwickelt hatten, von Vorstellungen, die allesamt gescheitert sind.

Bei fast allen im Bundestag vertretenen Parteien gilt das Bündnis westlicher Demokratien mittlerweile als „Kernpunkt deutscher Staatsräson“, wie ich es in meiner Regierungserklärung 1982 formulieren durfte. Damals, auf dem Höhepunkt der Debatte über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, wurde dieser Hinweis auf die Staatsräson heftig attackiert. Sie verstehen, daß ich mich in diesen Tagen daran erinnere. Ich freue mich, daß inzwischen so viele, die einmal anders dachten, heute genauso denken. Das tut mir wohl.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es entspricht auch einer guten Bonner Tradition – die wir mitnehmen wollen –, daß die demokratischen Parteien nach kürzeren oder längeren Perioden leidenschaftlicher Diskussionen über Grundfragen der Republik immer wieder zu einem Konsens gefunden haben. Das galt ganz besonders in Augenblicken der Bewährung. Gerade an dieser Stelle möchte ich mit Respekt Helmut Schmidt hervorheben: Vor gut 20 Jahren demonstrierte er durch besonnenes und mutiges Verhalten, daß sich unser Rechtsstaat durch Terroristen nicht einschüchtern und nicht erpressen läßt. Das war eine wichtige Erfahrung, die wir auch in der Zukunft nicht vergessen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vieles, was zunächst heftig umstritten war, wurde dann zur gemeinsamen Überzeugung. Das gilt für die soziale Marktwirtschaft, für die NATO-Mitgliedschaft, für die Wiederbewaffnung in den 50er Jahren, für die Ostpolitik der 70er Jahre und die Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen, der Programme und der Personen. Sie lebt aber nicht zuletzt von der Fähigkeit der Bürger und Parteien, sich auf das Gemeinsame, auf das Wohl des Landes zu verständigen. Konsensfähigkeit im Innern ist ja immer auch Vorausset-

zung für Verständigungsfähigkeit nach außen. Das hat sich auch und gerade an unserem Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn gezeigt.

Nach ersten Ansätzen zu einer neuen **Ost- und Deutschlandpolitik** unter Erhard und Kiesinger leitete Willy Brandt mit den Verträgen von Moskau und Warschau ein neues und wichtiges Kapitel in unseren Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen ein. Der Grundlagenvertrag mit der DDR gab den innerdeutschen Beziehungen einen neuen Rahmen. Dieser Schritt war richtig und notwendig, wenn auch in jenen Tagen sehr umstritten.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Bild wäre aber nicht vollständig, wenn nicht hinzugefügt würde – ich tue das gerne –: Notwendig war auch die Forderung der damaligen Opposition – ich nenne hier Rainer Barzel und Franz Josef Strauß –, alles zu unterlassen, was eine endgültige Anerkennung der deutschen Teilung bedeutet hätte. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war hier von großer Bedeutung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bis auf den heutigen Tag erleben wir Vertreibung und Flüchtlingselend. In den Ereignissen auf dem Balkan zeigt sich in aller Grausamkeit, in welche Abgründe Unversöhnlichkeit zwischen Volksgruppen und Völkern führen kann. So werden die Opfer von gestern zu Tätern von heute. Vor dem Hintergrund der jetzigen Erfah-

rungen gehört in unsere Erinnerung die Integration von 12 Millionen **Heimatvertriebenen und Flüchtlingen**, eine der größten Leistungen der Deutschen in diesem Jahrhundert, die viel zuwenig gewürdigt wird.

(Beifall im ganzen Hause)

Ausgezehrt, oftmals verhungert und verzweifelt kamen sie in einem Trümmerhaufen, ihrer späteren neuen Heimat, an. Stalin äußerte damals in Jalta die Hoffnung, die Angst vor dem deutschen Revanchismus werde die Länder Mittel- und Osteuropas auf lange Sicht zu einem festen Block mit der Sowjetunion zusammenzwingen. Vor allem setzte er darauf, daß die vielen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge einen sozialen Sprengstoff bilden würden, der die damals gerade entstandene neue Bundesrepublik politisch destabilisieren und auf Dauer dem Sog der in Europa übermächtigen Sowjetunion ausliefern müßte. Diese zynische Rechnung ging nicht auf. Daran hatten die Heimatvertriebenen einen entscheidenden Anteil.

Schon im Jahre 1950 verabschiedeten sie ihre Stuttgarter Charta. Mit diesem großartigen Dokument schufen sie eine wesentliche Voraussetzung für das friedliche Miteinander Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn. Sie wiesen feierlich jeden Gedanken an Vergeltung für millionenfach erlittenes Unrecht von sich – ich zitiere –: Dieser Entschluß ist uns

ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

In diesen Tagen der schlimmen Auseinandersetzungen im Kosovo kann man diese Haltung nur mit Bewunderung betrachten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Vertriebenen – das forderte Kurt Schumacher 1949 vor der Bundestagswahl – mußten „Bestandteile der deutschen Parteien und des politischen Lebens“ werden. Daß dies so gut gelang, verdanken wir nicht zuletzt hervorragenden Führungspersönlichkeiten in den Vertriebenenverbänden. Es waren oft kantige, nicht immer einfache, fast immer unbequeme Persönlichkeiten. Sie haben die Arbeit und das Erscheinungsbild des Deutschen Bundestages – auch das muß in dieser Stunde erwähnt werden – ganz wesentlich mitgeprägt. Ich nenne hier stellvertretend unsere früheren Bundestagskollegen Wenzel Jaksch und Herbert Czaja.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Über 40 Jahre lang hat das Grundgesetz in seiner Präambel „das gesamte Deutsche Volk ... aufgefordert, in

freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Als bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 die Wählerinnen und Wähler in der damaligen DDR zum erstenmal frei über die Zusammensetzung ihres Parlaments bestimmen durften, gaben sie ein Votum mit einer beeindruckenden Klarheit ab: Vier Fünftel stimmten für jene Parteien, die einen baldigen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes befürworteten. Dieses Ergebnis widerlegte all jene im In- und im Ausland, die bis dahin geglaubt hatten, sie könnten den Wiedervereinigungsprozeß verlangsamen oder gar stoppen.

Die deutsche Einheit wurde dann am 3. Oktober 1990 erreicht – in Frieden, ohne Gewalt und Blutvergießen und mit Zustimmung all unserer Nachbarn. Dies geschah vor allem auch mit Unterstützung der damaligen Sowjetunion unter der Führung von Michail Gorbatschow und der Vereinigten Staaten von Amerika unter der Führung von George Bush, die beide hier genannt werden müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An diesem Werk – ich sage dies mit Dankbarkeit – hatten bei uns vor allem auch Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble und

Lothar de Maizière ganz wesentlichen Anteil.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

40 Jahre war Deutschland in zwei Staaten geteilt – doch die **Einheit und die Zusammengehörigkeit der Nation** blieb gewahrt. Immer wieder zeigte sich, daß die Mehrheit der Menschen in Ost und West nicht bereit war, die Trennung als endgültiges Urteil der Geschichte hinzunehmen. Ich erinnere an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gegen Willkür und Unterdrückung. Die Deutschen, die damals gegen das SED-Regime aufbegehrten und von Panzern niedergewalzt wurden, forderten Freiheit und die Einheit des Vaterlandes.

Ich nenne den Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961, der die politische Bankrotterklärung der SED war.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Gregor Gysi [PDS])

Nur durch eine brutale Grenzbefestigung konnten die Machthaber in Ostberlin die Menschen an ihrem selbstverständlichen Recht hindern, von Deutschland nach Deutschland zu reisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von uns sind noch die bewegten

den Bilder vor Augen, als Willy Brandt im März 1970 Erfurt besuchte. Er wurde dort von der Bevölkerung mit überwältigender Herzlichkeit und mit großen Zeichen der Hoffnung empfangen. Im September 1987, also 17 Jahre später, geriet der Aufenthalt von SED-Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik – entgegen den Absichten des Besuchers – zu einer großen Demonstration des ungebrochenen Zusammenhalts aller Deutschen.

Ich konnte damals im Beisein von Erich Honecker, erstmals vom Fernsehen in beiden Teilen Deutschlands direkt übertragen, vor Millionen Fernsehzuschauern das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes noch einmal deutlich hervorheben und sagen:

Die Menschen in Deutschland leiden unter der Trennung. Sie leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt. Wenn wir abbauen, was Menschen trennt, tragen wir dem unüberhörbaren Verlangen der Deutschen Rechnung: Sie wollen zueinanderkommen können, weil sie zusammengehören.

Am 9. November 1989 fiel die Mauer. Damit begann unser gemeinsamer Weg zur deutschen Einheit.

Das sind wenige Daten, aber sie raffen eine große Epoche unserer Geschichte zusammen. Sie erzählen die Geschichte eines Triumphes der Freiheit. Sie würdigen aber ganz

gewiß nicht hinreichend die innere **Kraft und den Mut der Menschen**, die diesen Triumph überhaupt erst möglich gemacht haben. Dazu gehören die Hunderttausende, die bei den machtvollen Manifestationen in Leipzig, Ostberlin und anderswo im Gebiet der damaligen DDR der SED-Diktatur selbstbewußt erst „Wir sind das Volk“ und dann „Wir sind ein Volk“ entgegengerufen haben. Sie haben sich nicht durch Gewaltandrohung einschüchtern lassen, sondern friedlich demonstriert, bis die Mauer fiel.

Und – auch das gehört in diese Stunde – wir erinnern uns ebenso an jene Deutschen, die der kommunistischen Diktatur versteckten, aber auch offenen Widerstand entgegengesetzt haben und dafür bitter bezahlen mußten: mit Tod, mit Haft, mit Ausbürgerung, mit Ausgrenzung. All diese Männer und Frauen haben zwischen 1945 und 1989 mit ihrem Eintreten für die Achtung der Menschenrechte einige der besten Kapitel in der Freiheitsgeschichte unserer Nation geschrieben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

So stehen wir in einer großen Traditionslinie, zu der das Hambacher Fest von 1832 ebenso gehört wie die Frankfurter Paulskirchen-Versammlung von 1848/49, die Natio-

nalversammlung in Weimar 1919, der deutsche Widerstand gegen die Nazidiktatur und später der Neubeginn mit dem Parlamentarischen Rat in Bonn 1948/49.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir haben heute allen Grund, an diesem Tag der Stadt und der Region **Bonn** für diesen Dienst an unserer Nation zu danken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

In der deutschen Geschichte hat es viele politische Zentren gegeben. Bonn wird künftigen Generationen als Wiege der zweiten deutschen Demokratie, des freiheitlichsten, humansten und sozialsten Staatswesens, das es auf deutschem Boden je gegeben hat, in Erinnerung bleiben. Die Bonnerinnen und Bonner können sicher sein, daß der Beitrag ihrer Stadt zur Fortentwicklung unseres Landes auch in Zukunft gebraucht wird. Sie können sich darauf verlassen – das gehört für uns alle in diese Stunde –, daß wir, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, zu unseren Zusagen gegenüber der früheren Bundeshauptstadt stehen. Ich sehe mich auch persönlich in der Pflicht, und ich hoffe, das gilt für Sie alle, auch für die geschätzten Mitglieder des Bundesrates, wenn ich das in diesem Zusammenhang sagen darf.

*(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD,
dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der F.D.P.)*

In Bonn schlug fünf Jahrzehnte das Herz demokratischer Politik für Deutschland. Gemeinsam mit Berlin war Bonn Schauplatz zahlreicher Entscheidungen, die den Weg unseres Landes maßgeblich bestimmt haben. Der Genius loci dieser Stadt hat einen gewichtigen Anteil daran, daß unsere Bundesrepublik stabil und erfolgreich werden konnte. Er bildete den idealen Nährboden für eine politische Kultur, die in hohem Maße dazu beigetragen hat, unserem Land Vertrauen, Ansehen und nicht zuletzt Sympathie in der Welt zurückzugewinnen. Dazu gehören das gelassene Selbstbewußtsein dieser traditionsreichen Stadt, die geistig-kulturelle Offenheit der Universitätsstadt, die fröhliche Herzlichkeit der Bonnerinnen und Bonner – dies sage ich bewußt – und nicht zuletzt die charakteristische Atmosphäre von Bürgersinn und Toleranz, einer kräftigen Dosis Selbstironie und der Abneigung gegen hohles Pathos. Das hat uns in den Bonner Jahren viel geholfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Als deutscher und europäischer Strom symbolisiert der Rhein Offenheit für neue Horizonte in Europa und der Welt und nicht, wie manche meinen, Provinzialität und Enge.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die deutschen **Bundesländer**

verfügen heute über ein stark ausgeprägtes föderales Selbstbewußtsein. Auch daran hat Bonn wesentlichen Anteil. Es ließ den Ländern und ihren Hauptstädten den notwendigen Freiraum zur Entfaltung. Von hier ging zu keinem Zeitpunkt eine zentralistische Wirkung aus, die den blühenden **Föderalismus** beeinträchtigt hätte. Das ist gut so. Das wollen wir so beibehalten. Ich füge hinzu: Dies soll in Zukunft nicht mehr, aber auch nicht weniger sein.

Bonn symbolisierte die **politische Hinwendung** zum Westen auf glaubwürdige Weise. In seinem bewußt bescheidenen Auftreten war es die überzeugende Verkörperung eines Deutschlands, das jedem nationalistischen Wahn, jedem imperialen Gehabe und jedem Streben nach Vorherrschaft ein für allemal abgeschworen hatte.

Im wiedervereinten Deutschland und im zusammenwachsenden Europa müssen Parlament und Regierung ihren Sitz dort haben, wo ihr geschichtlicher Standort war, wo einst die Trennlinie zwischen Ost und West, zwischen freiheitlicher Ordnung und kommunistischer Diktatur verlief, wo die Wunde der Teilung mitten in Deutschland und Europa schmerzte. Dies war, ist und bleibt meine Überzeugung. Deswegen habe ich mit vielen Kolleginnen und Kollegen 1991 für den **Umzug nach Berlin** gestimmt.

Im 21. Jahrhundert wird das wiedervereinte Deutschland neuen Herausforderungen begegnen und neuen Anforderungen genügen müssen, so zum Beispiel im Blick auf seine Wettbewerbsfähigkeit oder seinen Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit.

Jeder, der künftig von Berlin aus regiert, ist gut beraten, sich in die **Kontinuität** des in Bonn Geschaffenen zu stellen. Es ist ein wahrlich kostbares Erbe, das Bonn an Berlin weitergibt, ein Erbe mit Zukunft. Es zu pflegen, ist uns allen aufgegeben. Auch in der Welt von morgen sind die freiheitliche Demokratie und die soziale Marktwirtschaft Grundlagen unseres Erfolgs für unsere gemeinsame Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen heute nicht nur vor dem Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin, sondern auch vor dem Beginn eines neuen Jahrhunderts. Für mich und für viele von uns ist dies Grund zur Dankbarkeit mit Blick zurück auf die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts. In den vergangenen 50 Jahren ist unser Land aufgeblüht und hat sich fest in die Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien eingefügt. Nach meiner festen Überzeugung haben dies einige **politische Handlungsmaximen** bewirkt, die ich von mir aus als Wünsche an uns, an die Politik der künftig von Berlin aus regierten Bundesrepublik weitergeben möchte:

Erstens. Bewahren wir uns den **Geist der Bescheidenheit und der Hilfsbereitschaft.**

(Beifall im ganzen Hause)

Zweifeln an der demokratischen Reife unserer Nation müssen wir, nachdem die Ordnung des Grundgesetzes schon ein halbes Jahrhundert Bestand hat, durchaus selbstbewußt entgegentreten. Vergessen wir aber bitte nicht, daß wir auch künftig das Vertrauen unserer Partner in besonderer Weise brauchen! Wir sind das Land mit den meisten Grenzen und Nachbarn. Wir sind zudem ein Land mit einer schwierigen Geschichte, um es freundlich auszudrücken.

Im Bewußtsein dieser Tatsache sollten wir den kleinen Nachbarländern den gleichen Respekt erweisen wie den großen.

(Beifall im ganzen Hause)

Das ist nicht nur eine Frage des guten Stils, sondern eine Frage der Klugheit.

*(Hans-Peter Replik [CDU/CSU]:
Sehr gut!)*

Widerstehen wir vor allem der Versuchung, unseren gewachsenen Einfluß, von dem alle wissen, selbstgefällig zur Schau zu stellen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Zweitens. Bewahren wir uns den **Geist demokratischer Gemeinsam-**

keit! Dies bedeutet ein klares Ja zur leidenschaftlichen Debatte über den richtigen Weg für unser Land – und ein ebenso klares Nein zum barbarischen Freund-Feind-Denken.

(Beifall im ganzen Hause)

Demokratische Gemeinsamkeit verlangt die entschiedene Absage an jegliche Zusammenarbeit mit Radikalen von rechts und links.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zugleich fordert sie uns auf, die Wähler solcher Gruppierungen, insbesondere wenn es sich um junge Leute handelt, für die demokratischen Parteien zurückzugewinnen.

Extremisten haben nur Unglück über unser Land gebracht. Sie haben in der Bundesrepublik auch künftig keine Chance, wenn Demokraten sich standhaft weigern, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Drittens. Vergessen wir bei aller Notwendigkeit des Sparens nicht, daß Deutschland nur dann eine Zukunft hat, wenn es sich immer auch als **Kulturstaat** begreift! Wirtschaftliche und soziale Fragen – wir wissen es alle – sind von überragender Bedeutung; das versteht sich von selbst.

Wir dürfen aber auf keinen Fall die geistig-kulturelle Dimension der Zukunftssicherung vergessen.

Deshalb müssen wir uns dafür einsetzen, daß der Kulturstaat Deutschland weiter ausgebaut wird. Die Kultur ist ein Feld des Wettbewerbs der Nationen, wo sich jeder Einsatz lohnt. Es gehört zum Kulturstaat, daß der Staat eine offene Debatte über die großen Fragen unserer nationalen Identität ermöglicht, ohne die Bürger auf ein bestimmtes Geschichtsbild festlegen zu wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt für mich, daß Bund, Länder und Gemeinden die Pflege unseres reichen kulturellen Erbes nicht einfach an den Markt delegieren dürfen. Private Stiftungen und privates Mäzenatentum sind im höchsten Maße wünschenswert und förderungswürdig, und sie stehen einer Gemeinschaft freier Bürger gut an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Verantwortung des Staates werden sie jedoch nie ganz ersetzen können. Das dürfen wir nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten

der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Viertens. Bewahren wir uns das einzigartige **Verhältnis von Staat und Kirche**, wie es sich in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik entwickelt hat! Auch ein zunehmend säkularisiertes Land kann auf das öffentliche Wort und das mitmenschliche Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Zu Recht ist immer wieder gesagt worden, daß der freiheitliche Verfassungsstaat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Dieser Grundkonsens ist nicht gegen die Vielfalt moderner Gesellschaften gerichtet. Es ist genau umgekehrt: Er macht Pluralismus erst möglich und lebensfähig.

Ich wünsche mir deshalb, daß sich die Kirchen trotz mancher Schwierigkeiten die Kraft erhalten, Orientierung zu geben und Werte zu vermitteln. Und ich wünsche mir, daß sich Christen und Juden in Deutschland auch in den kommenden Jahren verstärkt dem Dialog mit unseren Mitbürgern muslimischen Glaubens widmen.

(Beifall im ganzen Hause)

Fünftens. Bewahren wir uns die einzigartige **Freundschaft mit unseren französischen Nachbarn**.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Sie ist in Wahrheit eines der kostbaren „Geschenke“ der Geschichte der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts.

(Beifall des Abg. Michael Glos [CDU/CSU])

Deutschland und Frankreich bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Ohne ihr enges Zusammenwirken wird es auch künftig keinen wesentlichen Fortschritt im europäischen Einigungsprozeß geben.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der F.D.P.)

Beide Nachbarländer sind „dazu geschaffen, einander zu ergänzen“ – so hat es Charles de Gaulle angesichts der Gräber von Verdun ausgedrückt. Setzen wir diese Freundschaft nicht aufs Spiel! Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen sind wirklich das Normale, im privaten Leben wie im Leben der Völker. Aber sie dürfen nie ein Grund sein, die Fundamente unseres Miteinanders in Frage zu stellen.

Auch das kann man nicht oft genug sagen: Die deutsch-französische Freundschaft schließt überhaupt niemanden aus; sie ist gegen niemanden gerichtet. Lassen wir uns auch von niemandem einreden – wie das immer wieder versucht wird und auch in Zukunft versucht werden wird –, daß wir Deutsche zwischen Paris und

Washington oder zwischen Paris und London zu wählen hätten. Dies ist eine Politik des Gestern und niemals unsere Politik heute und morgen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie mich an diesem für unser Land so wichtigen Tag zum Schluß auch ein persönliches Wort gerade an die Jungen richten. Sie, die Jungen unter uns, gehen in ein **neues Jahrhundert**. Es wird ihr Jahrhundert sein. Es zu gestalten ist ihrer Generation aufgegeben. Wir, die Älteren, haben versucht, mit unseren Möglichkeiten Mittel dafür zu erarbeiten, daß dieses neue Jahrhundert ein Jahrhundert des Friedens und der Freiheit wird, ein Jahrhundert der Zusammenarbeit und der Freundschaft zwischen den Völkern. Helfen Sie, die Jungen, mit, daß es so bleibt! Denn was immer Sie aufbauen: Es wird nur Bestand haben auf der Grundlage von **Frieden und Freiheit**. Beides muß immer wieder neu erarbeitet und neu gesichert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns allen, daß wir uns in Berlin beim Übergang in ein neues Jahrhundert den Geist eines freiheitlichen Patriotismus bewahren, der Vaterlandsliebe, europäische Gesinnung und Weltbürgertum miteinander verbindet. Tun wir ganz einfach unsere Pflicht! Stehen wir zu unseren Überzeugungen, und behalten wir Augenmaß, auch in schwierigen, turbulenten und unruhigen Zeiten. Seien wir gute Nachbarn und verlässliche Partner. Bleiben wir deutsche Europäer und europäische Deutsche. Dann haben wir eine gute Aussicht auf eine Zukunft in Frieden und Freiheit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

– Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS – Abgeordnete der CDU/CSU und der F.D.P. sowie Abg. Werner Schulz [Leipzig] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] erheben sich von ihren Plätzen
– Bundeskanzler Gerhard Schröder gratuliert seinem Amtsvorgänger)